Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg 2c.] Anschluß-Nr. 176.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 17. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 11. Januar 1894.

Die Durchführung der Berufung.

In den nächsten Wochen soll dem Reichstage der Gesetzentwurf über die Reform der Strafjustiz zugehen, der sich hauptsächlich mit der Einführung der Berufung gegen die erstinstanzlichen Urtheile der Strafkammern beschäftigt. Während unter den Juristen noch der lebhafteste Streit über das Prinzip herrschte, nämlich ob überhaupt die Berufung eingeführt werden solle, drehte sich an leitenden Stellen der Streit nur noch um die Frage, wie das Prinzip am zweckmäßigsten durchzuführen sei, nämlich durch Ueberweisung der Berufung an gewisse Organe der Landgerichte oder aber an ähnliche Organe der Oberlandesgerichte.

In früherer Zeit, als in Preußen die Appellation bestand, ging sie von den Kreisgerichten an die Appellationsgerichte. Es ist sicherlich zutreffend, daß mitunter in diesen Gerichten Männer saßen, die dem praktischen Leben völlig entfremdet und am grünen Tische verknöchert waren. Aber das ist kaum als die Regel zu betrachten. Ausnahmen solcher Art aber kommen auch bei den Landgerichten vor. Wenn man heute gegen die Befähigung der Richter, die den Oberlandesgerichten angehören, zur Aburtheilung der Berufungen Zweifel erhebt, so ist das ein trauriges Zeugniß für die Justizverwaltung. Allein wir meinen auch, daß diese Zweifel nicht berechtigt seien, daß vielmehr im allgemeinen die Senate der Oberlandesgerichte so vertrauenswürdig besetzt seien, um so gut eine zweckmäßige Erledigung der Berufungen wie die Erledigung aller übrigen Rechtssachen zu gewährleisten. Dagegen kann allerdings der Wunsch nicht unterdrückt werden, daß nicht so häufig, wie es noch neuerdings vorgekommen ist, hochbejahrte Richter in Oberlandesgerichte berufen werden, daß vielmehr auch in diesen Gerichten Raum für junges Blut sein muß, damit die Rechtsprechung immer auf der Höhe der Zeit und im Zusammenhange mit dem Volksgeiste bleibe.

Das preußische Justizministerium hat vor der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes Umfrage bei den Oberlandesgerichtspräsidenten und bei den Oberstaatsanwälten gehalten. Von den 13 Oberlandesgerichtspräsidenten haben sich 9, von den 13 Oberstaatsanwälten 10 für die Verweisung der Berufung an die Oberlandesgerichte erklärt. Für die Landgerichte stimmten nur 2 Oberlandesgerichtspräsidenten und 1 Oberstaatsanwalt. 2 Präsidenten und 2 Oberstaatsanwälte nahmen eine Mittelstellung ein, indem sie beide Systeme für annehmbar erachteten, für ihren Bezirk aber aus örtlichen Gründen zum Theil geneigt waren, den Landgerichten den Vorzug zu geben. Für die Landgerichte spricht ohne Zweifel ein wichtiger Grund, nämlich die größere Nähe. Es ist mit großen Schwierigkeiten und auch Kosten verknüpft, eine Gerichtsverhandlung in einem entfernten Orte vorzunehmen. Wenn man sich beispielsweise vorstellt, daß sämmtliche Berufungen aus der Provinz Ostpreußen in Königsberg, sämmtliche Berufungen aus dem Königreich Sachsen in Dresden erledigt werden müßten, so wäre dieses Verfahren schleppend und unsicher. Dieser oder jener Zeuge bliebe aus, entweder, weil er keine Reisekosten hatte, oder weil er durch Unwohlsein verhindert war. Es wäre höchst umständlich, den Augenschein an Ort und Stelle aufzunehmen, auch wären die Richter vielleicht nicht in jedem Falle mit dem Sprachgebrauch, mit den Gewohnheiten, mit den Sitten der Bevölkerung einer bestimmten Gegend vertraut. Jede Vertagung wäre mißlich. Je weiter die Entfernung des Gerichtsortes von dem Thatorte ist, um so größer die Gefahr manchen Irrthums. Daher ist es begreiflich, daß sich manche Juristen nachdrücklich gegen die Verweisung der Berufung an die Oberlandesgerichte aussprechen. Anderseits aber leuchtet ein, daß nach den Vorstellungen des Volkes das höhere Gericht auch mit höheren Richtern besetzt sei. Es könnte vielleicht zu manchen Unbequemlichkeiten führen, wenn Mitglieder desselben Gerichts, also des Landgerichts, hier einander ebenbürtig, dort aber in ein gewisses Superioritätsverhältniß gebracht würden. Denn das Berufungsgericht hat jedenfalls über die Rechtsprechung des Vorderrichters zu entscheiden, ein Urtheil abzugeben. Diese Erwägung dürfte für das Ministerium ausschlaggebend gewesen sein, obgleich auch heute schon ein ähnliches Verhältniß vorhanden ist, da die Berufungskammern bei den Landgerichten über die Urtheile der Schöffengerichte zu befinden haben, die Richter aber, die den Schöffengerichten vorsitzen, demselben Gerichte angehören und denselben Rang einnehmen wie die Berufungsrichter.

Die Regierung hat sich für einen Zwischenweg entschieden. Sie läßt die Berufung an die Oberlandesgerichte gehen, aber sie sucht den üblen Wirkungen der weiten Entfernung durch die Errichtung von detachirten Senaten nach Möglichkeit vorzubeugen. Früher hatte man daran gedacht, nicht feste detachirte Senate in bestimmten Orten zu errichten, sondern vielmehr fliegende Senate, die bald hier, bald dort tagen sollten, um die in den Bezirken des Landgerichts schwebenden Berufungen zu erledigen. Diese Praxis hätte allenfalls an die englischen Richter erinnert, allein sie ist so wenig hierzulande heimisch, daß man die schließliche Entscheidung der Regierung begreifen kann, lieber an einzelnen Orten feste Senate, gewissermaßen Filialen des Oberlandesgerichtes, herzustellen. So ist ein solcher Senat beispielsweise für das Königreich Sachsen in Chemnitz geplant. Auch in einzelnen preußischen Provinzen werden detachirte Senate errichtet werden. Inwieweit sich freilich diese Einrichtung bewähren wird, das muß die Zukunft lehren. Vor der Hand wird die Nation zufrieden sein, daß überhaupt die Berufungsfrage endlich gelöst wird. Denn der heutige Zustand ist nachgerade vollkommen unhaltbar. Wenn zugleich die Regierung in ihrem Gesetzentwurf dafür sorgt, daß die Rechtsprechung eine wesentliche Beschleunigung erfährt, so wird auch diese Absicht nur Billigung verdienen, vorausgesetzt, daß die Schnelligkeit nicht auf Kosten der Freiheit und Gründlichkeit der Vertheidigung angestrebt wird. Ebenso erfreulich aber wie die Einführung der Berufung ist die nunmehr angekündigte Vorlage über die Entschädigung unschuldig Verfolgter. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, bewegt sich dieser Entwurf fast durchweg auf der Linie, die der Reichstag bei seinen wiederholten Beschlüssen über diese Materie eingehalten hat.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 10. Jan. Der Kaiser empfing, nach der Rückkehr von einer mit der Kaiserin gemachten Ausfahrt, den Staatssekretär des Reichs-Marineamts und darauf den Chef des Civilkabinets zum Vortrage. Gegen 1 Uhr wurde der Hofbuchhändler Dr. Toeche vom Kaiser empfangen.

„Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Stuttgart gemeldet: „Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt König Wilhelm sich Ende dieses Monats zur Theilnahme an der Feier des Geburtstages des Kaisers nach Berlin zu begeben."

Zu den Krisengerüchten.

Wie die „Freis. Ztg." erfährt, hat es mit der Entstehung der letzten Nachricht über ein Entlassungsgesuch des Reichskanzlers folgende Bewandtniß: Der Kaiser hatte ohne Zuziehung oder Gegenzeichnung des Reichskanzlers aus Anlaß der Vorgänge in Kamerun einen schneidigen Hauptmann von Natzmer zum Gouverneur daselbst ernannt. Der Reichskanzler war nicht wenig erstaunt, als sich Herr v. Natzmer ihm als Gouverneur vorstellte. Der Gouverneur von Kamerun ist bekanntlich Herr Zimmerer, welcher sich zur Zeit in Berlin auf Urlaub befand und jetzt nach Kamerun zurückkehrt. Bei dem Vortrag über Kolonialpolitik, welcher im kaiserlichen Kabinet schon vor diesem Zwischenfall zum 2. Januar angesetzt war, brachte der Reichskanzler diese Ernennung zur Sprache. Der Kaiser ließ sich sogleich bestimmen, die Ernennung rückgängig zu machen, ohne daß der Reichskanzler hierauf eine Pression durch ein Entlassungsgesuch ausübte. — Der Kaiser hat übrigens, wie der „Köln. Volksztg." geschrieben wird, den Reichskanzler „anläßlich der in der Presse gegen ihn erhobenen Angriffe" in der letzten Zeit wiederholt seines besonderen Vertrauens versichert und ihm als äußeres Zeichen seiner Anerkennung mehrere im kaiserlichen Privathesitze befindliche kostbare Oelgemälde zur Ausschmückung der Repräsentationsräume des Reichskanzler-Palastes überreichen lassen. Wie Graf Caprivi die politische Lage selbst auffaßt, kann man daraus entnehmen, daß er neulich einen Vertrag abgeschlossen hat wegen gänzlicher Umgestaltung seines Gartens, eines der größten Gärten Berlins. Er hofft also wenigstens den Sommer über noch im Amte des Reichskanzlers zu bleiben.

Zur Tabaksteuerfrage.

Eine unter den Reichstagsabgeordneten verbreitete Denkschrift eines hamburger Tabakfabrikanten schlägt, wenn auf eine Ablehnung der Mehrbelastung des Tabaks nicht überhaupt vollständig verzichtet werden kann, eine höhere Belastung der im Auslande fabrizirten, durchweg als Luxuswaare ersten Ranges zu betrachtenden Cigarren, vor. Der Gewichtszoll für Importen sollte statt auf 400 M. für 100 kg wenigstens auf 2000 M. erhöht werden. Es wird auf diese Weise ein Mehr des Zollertrags allein aus den im Auslande fabrizirten Cigarren von 5 Mill. M. herausgerechnet, und dieser Betrag könnte an der Belastung der deutschen Tabakfabrikation in Abzug gebracht werden. Na, in der Angst werden ja mancherlei Vorschläge gemacht, und so wollen wir denn mit dem vorstehenden Vorschlag nicht ins Gericht gehen, „berücksichtigt" wird er ja doch wohl nicht werden. Bedenklicher ist eine Anregung von anderer Seite, von der „Köln. Ztg.," welche dazu bestimmt zu sein scheint, die Tabaksindustrie durchaus nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Nach dem genannten Blatte wäre es „im Interesse der Tabaksindustrie sehr erfreulich," wenn nach Beendigung der (heute beginnenden) ersten Lesung eine freie Vereinigung von Mitgliedern

Eine anthropologische „Frage".

[Nachdruck verboten.]

Im gewöhnlichen Tagesdasein spielt die große Zehe keine hervorragende Rolle. Im allgemeinen denkt man an sie nur dann, wenn sie sich infolge engen Schuhwerks schmerzlich in Erinnerung bringt. Darum wird es manche überraschen zu hören, daß die große Zehe in der Wissenschaft eine sogenannte „Frage" ist. Es existirt in der Biologie eine Frage der großen Zehe, wie es in der Diplomatie eine Balkanfrage und in der Politik eine soziale Frage giebt.

Die Frage lautet kurz: Hat der Mensch zu irgend welchen Zeiten in irgend einer Rasse eine entgegenstellbare große Zehe gehabt, wie er noch heute in allen Rassen einen entgegenstellbaren Daumen besitzt?

Ueber diese Frage ist schon viel Tinte vergossen worden, und sie ist in der That nicht so unwichtig, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn sie ist ein Beitrag zu der umfassenderen Frage von der Abstammung des Menschen. Diejenigen Gelehrten, die behaupten, daß der Mensch von gewissen noch existirenden oder nicht mehr existirenden Thierformen herrührt, ergriffen die Behauptung mit Begierde, daß es Zeugnisse gebe, wonach die menschliche große Zehe den anderen Zehen entgegenstellbar sei, wie der Daumen der Hand; mit anderen Worten, daß es Menschen gäbe, die einen Greiffuß hätten, wie wir alle eine Greifhand haben.

Bekanntlich haben die Affen einen Greiffuß; sie haben ihn, weil ihre große Zehe entgegenstellbar ist. Dem Menschen dagegen schrieb die ältere Zoologie keinen Greiffuß zu, selbst nicht rudimentäre Reste eines Greiffußes, der etwa in unvordenklicher Zeit existirt hätte. Dieser Unterschied zwischen Menschen- und Affenfuß erschien den älteren Zoologen von so großer Bedeutung, daß sie die beiden zoologischen Ordnungen, in die Mensch und Affe hinein gehören, nach diesem Merkmal benannten: Zweihänder und Vierhänder.

Dann wurde der Unterschied zwischen den unteren Extremitäten des Menschen und des Affen von einer zoologischen Schule geleugnet, deren hauptsächlichster Vertreter der berühmte englische Zoologe Thomas Henry Huxley war. Huxley fand, daß der anatomische Bau der unteren Extremitäten von Mensch und Affe völlig übereinstimmend wäre. An dieser anatomischen Thatsache ist wohl auch nicht zu zweifeln. Hiernach könnte man allerdings nicht davon reden, daß die menschlichen Füße gleichfalls zum Handtypus gehören, sondern umgekehrt, daß die unteren Affenhände zum Fußtypus gehören, und daß danach, streng genommen, die Affen gleichfalls in die Ordnung der Zweihänder zu stellen sind.

Einige Zoologen gingen noch weiter. Sie behaupteten, daß jenes äußere Merkmal, das die hinteren Affen-Extremitäten den oberflächlichen Betrachtern zu Händen stempelte, nämlich die gegenüberstellbare große Zehe, keineswegs ausschließliches Eigenthum der Affen sei, sondern ehemals, in früheren Perioden der Entwickelung, der gesammten Menschheit und sogar heute noch gewissen inferioren Rassen eigenthümlich wäre.

Das ist der Ursprung der „Großzehenfrage." Lange Zeit hindurch schwankte der Kampf; die enragirtesten Darwinisten erklärten sich für die gegenüberstellbare große Zehe, die Gegner leugneten sie. Die enragirten Anhänger Darwin's haben unrecht gethan, auf diesen Nebenpunkt ein so großes Gewicht zu legen. Die Sache war an sich schon sehr zweifelhaft, und es war nicht nöthig, diese zweifelhafte Sache zu einem hervorragenden Beweismittel für eine Theorie zu machen, die dieses Beweismittels nicht bedurfte. Thatsächlich ist denn auch neuerdings durch sorgfältige Erforschung des angeblichen Beweismaterials festgestellt, daß sich nirgends eine Spur von einer gegenüberstellbaren menschlichen Zehe findet.

Die Thatsache, welche die Anhänger der gegenüberstellbaren menschlichen Zehe für sich in Anspruch nahmen, war die, daß an vielen Orten der Erde der menschliche Fuß zu einem Greiffuß ausgebildet erscheint. So z. B. bei den Hindus. Auf den Straßen aller indischen Städte kann man es tausendfach sehen, wie die eingeborenen Handwerker sich ihrer großen Zehe zum Halten und Greifen bedienen, als ob es ein Daumen wäre. Die Schuster halten ihre Schuhe anstatt mit einem unbeweglichen Werkzeug mit ihren Füßen fest; die Tischler bedienen sich ihres Fußes, um das zu bearbeitende Brett festzuhalten; der Drechsler lenkt zwischen seinen beiden großen Zehen seine Welle; Schlächter halten das Messer, womit sie ihr Fleisch schneiden, zwischen der ersten und zweiten Zehe, indem sie das Stück mit den Händen ergreifen und es von unten nach oben durchschneiden.

Zweifellos kann die große Zehe bei den Hindus sehr ausgedehnte Bewegungen ausführen, Bewegungen des Anziehens, des Wegziehens, des Emporhebens, und des Niedersenkens; dagegen hat man noch niemals eine wirkliche Gegenüberstellung der großen Zehe beobachtet. Die anatomische Verfassung des Fußes weicht bei den Indiern von unserer nicht unerheblich ab, und diese Abweichungen sind es vornehmlich, die die größere Beweglichkeit der großen Zehe ermöglichen.

Ein Tamule in Tritschinapalli (Präsidentschaft Madras), der eine ungewöhnliche Beweglichkeit seiner großen Zehe hatte, wurde sorgfältig untersucht. Man fand einen ganz außerordentlich großen Zwischenraum zwischen der ersten und zweiten Zehe; an dem Ende betrug der Abstand 54 mm, an der Wurzel 16 mm, so daß thatsächlich die große Zehe den Eindruck machte, als ob sie wie ein Daumen von dem übrigen Fuße abstände.

Aehnliche Erscheinungen findet man bei den Bengalen und Singhalesen. Infolge dieses Zustandes ihrer Füße können die Indier eine besondere Art von Schlorren tragen, die durch nichts anderes am Fuße festgehalten werden, als durch einen hölzernen Pflock, der aussieht wie ein Pilz und zwischen der ersten und zweiten Zehe hindurchgesteckt wird. Dieselben Erscheinungen trifft man auch bei den Anamiten, bei den Bewohnern von Guyana; dagegen nicht, wie man wohl behauptet hat, bei den Negern, den Rothhäuten Nord- und Südamerikas, den Feuerländern, Buschmännern, Berbern u. s. w.

In der weißen Rasse ist kein einziger Fall einer ähnlichen Verfassung des Fußes konstatirt worden, auch in dem Theile der Landbevölkerung nicht, der das ganze Jahr mit nackten Füßen geht. Zwar behauptet man von einem französischen Matrosen, daß er eine große Zehe hätte, die vom Fuß abstände wie ein Daumen von der Hand; aber die durch Broca angestellte wissenschaftliche Untersuchung ergab, daß davon keine Rede sei.

Die Ausbildung des menschlichen Fußes zum Greiffuß bedarf mehrerer Generationen. Selbst die Equilibristen, die sich auf unseren Spezialitätentheatern durch eine weitgehende, allerdings die Indier keineswegs erreichende Fähigkeit auszeichnen, mit der großen Zehe Dinge zu ergreifen und zu handhaben, sind Kinder von Artisten, die dasselbe Kunststück schon ausgeführt hatten. Aber die Vererbung dieser Fertigkeit mag durch Hunderte von Generationen gehen, wie es in Indien der Fall ist: eine wirkliche Gegenüberstellung der großen Zehe kommt doch nicht zustande.

Wenn über diese, jetzt zweifellos festgestellte Thatsache die Gegner des Transformismus jubeln, so thun sie unrecht daran. Die Thatsache, daß der Mensch keine gegenüberstell-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940111033/fragment/page=0001

aller Fraktionen, soweit sie den Tabak als geeignete Steuerquelle ansehen, sich bildete, und unter Zuziehung sachverständiger Mitglieder der verbündeten Regierungen einen gangbaren und für längere Zeit ausreichenden Weg reicherer Tabaksbesteuerung zu finden, damit dann endlich einmal die deutsche Tabakindustrie zur Ruhe kommen könne. Ohne höhere Besteuerung des Tabaksverbrauchs also soll die Industrie nach der Ansicht dieser Steuerfanatiker nicht zur Ruhe kommen; ja sie soll so lange mit allen möglichen Steuerprojekten gehetzt werden, bis sie das Ende vor Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzieht und der Regierung selbst die Mittel und Wege, zu einem erheblich höheren Ertrage aus der Tabaksbesteuerung zu gelangen, angiebt. Ob dieser Plan der „Köln. Ztg." zur Ausführung gelangt, möge dahin gestellt bleiben, — wir glauben es nicht. Bei der völligen Aussichtslosigkeit der Miquel'schen Tabaksteuerprojekte würde der „Freien Vereinigung" wahrscheinlich auch nichts anderes übrig bleiben, als sich mit dem Tabakmonopol zu befassen. Wenn Mitglieder des Reichstages Neigung haben, mit der Erörterung dieses Problems ihre freie Zeit todtzuschlagen — die Tabakindustrie wird sich darüber nicht ereifern.

Die Staffeltarife.

Es ist bereits berichtet worden, daß in allernächster Zeit eine Berathung zwischen preußischen und bayerischen Kommissaren über die Staffeltarife stattfinden wird. Wie die „Nat.-Lib. Korr." hört, widerstrebt allerdings der preußische Eisenbahnminister aus finanziellen Gründen dieser Maßregel, weil er davon eine Beeinträchtigung der Frachteinnahmen befürchtet und die Klagen der süd- und westdeutschen Landwirthe und Mühlenbesitzer über die große Schädigung durch die Frachtermäßigungen für übertrieben hält. Ueber diese Wirkungen sind genaue Nachweisungen, namentlich zum voraus, natürlich nicht zu liefern. Thatsache aber ist es nun einmal, daß die landwirthschaftlichen Kreise des Südens und ganz ebenso Rheinlands, Westfalens, Hannovers und anderer preußischer Provinzen eine erhebliche Schädigung ihrer Interessen in diesen Staffeltarifen erkennen, und darin werden sie sich durch eine allgemeine Versicherung, diese Maßregel könne ihnen nicht viel schaden, nicht erschüttern lassen. Es ist sogar die Behauptung verbreitet, die Staffeltarife sollten auch noch auf Vieh ausgedehnt werden, was in jenen Kreisen neue Mißstimmung erregt hat. Gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises ist man in den eben bezeichneten Landschaften sehr kühl, wenn nicht ablehnend, weil sie lediglich dem Osten zu gute kommen werde. Soll eine Annäherung an die landwirthschaftlichen Kreise versucht werden, so ist mit dieser Maßregel wenigstens im Süden und Westen gar nichts zu erreichen. Wenn aber für den russischen Handelsvertrag günstigere Aussichten geschaffen werden sollen, so müßte es der Regierung ganz besonders darauf ankommen, den Widerstand in Bayern und den Rheinlanden, wo die Opposition des Centrums ihren festesten Sitz hat, zu mildern. Man lese nur Aeußerungen klerikaler Blätter wie der „Germania": „Bei den Landwirthen und Volksvertretern des deutschen Westens und Südens wird die Aufhebung des Identitätsnachweises selbst dann die oppositionelle Stimmung stärken, wenn sie mit der Aufhebung der Staffeltarife verbunden würde, geschweige denn erst ohne die letzteren." Auf nationalliberaler Seite scheint man denn auch der Beseitigung der Staffeltarife geneigt zu sein, denn die „Nat.-Lib. Korr." schreibt: „Wir wollen hoffen, daß sich auch die Regierung dem Eindruck dieser Erwägungen nicht entzieht. Sie müßten gewichtiger sein als die Rücksicht auf ein mäßiges Mehr oder Weniger der Eisenbahneinnahmen, deren Gestaltung unter der Wirkung der besprochenen Maßregel zudem niemand genau übersehen könne." Die freisinnige Partei dürfte jedoch für die Beseitigung der Staffeltarife nicht zu haben sein, wenigstens spricht sich die „Freis. Ztg." entschieden gegen eine solche Maßregel aus.

Zur Charakteristik der Agrarier.

In einer angeblich von einem „Kleingrundbesitzer," in Wirklichkeit aber wohl im Bureau des Bundes der Landwirthe angefertigten „Zuschrift" an die „Kreuz-Ztg." wird „die in bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen herrschende Stimmung," d. h. die Stimmung, wie sie nach dem Wunsche der Bündler sein sollte, mit den schwärzesten Farben geschildert. Im Vergleich zu der hier versuchten Verhetzung des Bauernstandes ist die antisemitische Agitation noch leidlich verständig. Der Bauernstand wird u. a. mit Personen verglichen, welche von dem Führer eines Schiffes als Ballast über Bord geworfen sind und sich nun in Todesangst an das Schiff festzuklammern suchen, aber ermahnt werden: „So schreit doch nicht so! Laßt doch los! Es ist nun doch einmal kein Platz mehr für Euch! Wie egoistisch von Euch, durch Euer Ungestüm unser Fahrzeug und damit auch uns selbst in Gefahr zu bringen! Verhaltet Euch doch ruhig, damit nicht die aller Orten umherlaufenden Haifische (Sozialdemokraten) aufmerksam werden und nach Euch schnappen." Nun, die Sozialdemokratie hat einen großen Magen. Ein paar Millionen zur Verzweiflung getriebener Landwirthe, die auf dem letzten Loche pfeifen oder überhaupt nichts mehr zu verlieren haben, gehen schon noch hinein." Und diese Landwirthe trösten sich damit, daß, wenn der sozialdemokratische Staat kommt, sie nicht nur ihren Hof, sondern auch ihre vielen Schulden los sind! Im Eifer des Gefechts aber legt der Verfasser ein interessantes Geständniß ab. „Die Herren," schreibt er, „welche an der Spitze der landwirthschaftlichen Nothstandsbewegung stehen, haben es meistens gar nicht nöthig. Sie können es meistens schon noch eine gute Weile mit ansehen." Mit anderen Worten: die Herren Großgrundbesitzer, die so laut schreien, sind „meistens" gar nicht nothleidend; sie benutzen nur die Nothlage der Kleinen aus, um ihre Grundrente zu steigern! — Ganz unsere Ansicht.

Der polnische Sprachunterricht.

Angesichts des unliebsamen Aufsehens, das die fortwährenden Konzessionen an die Polen vielfach gemacht haben, scheint man es für nöthig zu halten, die Haltung der Regierung zu vertheidigen und zu beschönigen. Ein offiziöses Organ schreibt nämlich: „Angesichts der mehrfachen Erwähnungen, welche sowohl in den parlamentarischen Verhandlungen als in der Presse die Pläne gefunden haben, welche in Bezug auf die Zulassung des Unterrichts in der polnischen Sprache in den Volksschulen bestehen, und der dabei hervorgetretenen thatsächlichen Irrthümer mag eine Darlegung darüber, um was es sich überhaupt handelt, am Platze sein. Zunächst sei vorausgeschickt, daß nicht bereits getroffene Anordnungen, sondern nur Pläne in Frage stehen, über welche das entscheidende Schlußwort noch nicht gesprochen ist. Abgesehen hiervon bleibt zunächst zu bemerken, daß es sich um eine Maßregel nicht für den ganzen Umfang der zweisprachigen Landestheile, sondern nur um eine solche für die Provinz Posen handelt, und zwar auf Grund folgender thatsächlicher Vorgänge. In diesem Landestheile muß mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse desselben der Religionsunterricht im ungleich weiteren Umfange in polnischer Sprache ertheilt werden, als in den anderen zweisprachigen Landestheilen. Daß der richtige Gebrauch der Hilfsmittel für diesen Religionsunterricht, also vornehmlich der Katechismus und die biblische Geschichte, ohne polnischen Sprachunterricht nicht gesichert ist, hat die Regierung längst anerkannt. Auf dieser Erkenntniß beruht die seit 1891 eingeführte Zulassung von Privatunterricht in der polnischen Sprache durch die Volksschullehrer. Dieses Mittel zur Erreichung des Zweckes hat sich aber nicht bewährt. Nicht nur hat es sehr ungleich gewirkt, sondern es waren auch manche Unzuträglichkeiten mit dessen Anwendung verbunden. Dies wird erklärlich sein, wenn man bedenkt, daß der Privatunterricht der geordneten staatlichen Schulaufsicht nicht untersteht. Es kommt also darauf an, an dessen Stelle einen anderen Weg zur Erreichung des Zieles zu wählen. Da liegt denn der Gedanke nahe, denjenigen Schülern, für welche Unterricht im Lesen und Schreiben der polnischen Sprache mit Rücksicht auf den Religionsunterricht erwünscht erscheint, allgemein die Gelegenheit zu geben, diesen Unterricht im Rahmen der öffentlichen Volksschule selbst zu erhalten. Obwohl es sich danach nur um die Einrichtung fakultativer Unterrichtskurse im Polnischen handelt, war dabei doch auch dem pädagogischen Grundsatze Rechnung zu tragen, daß in der Unterstufe der Volksschule die Erlernung zweier Sprachen unbedingt zu vermeiden ist. Es handelt sich also nur darum, an Stelle des in der Provinz Posen zugelassenen Privatunterrichts in der polnischen Sprache einen fakultativen Unterricht in der polnischen Sprache von der Mittelstufe an aufwärts einzuführen." — Wir wollen uns mit einer Widerlegung dieser Auffassung nicht befassen, denn es will uns bedünken, daß es für den Bestand des preußischen und deutschen Staates einigermaßen belanglos ist, ob man den Aspirationen der Polen etwas mehr oder weniger nachgiebt. Um eine Nachgiebigkeit gegenüber polnischem Eigensinn handelt es sich aber bei den fortwährenden Konzessionen, die Religion muß blos das Deckmäntelchen abgeben. Warum lernen denn die Polen nicht Deutsch? Dann würden sie Katechismus und Bibel verstehen. Aber Deutsch wollen sie nicht lernen.

Die Liebesgabe für die Branntweinbrenner.

Ein Agrarier, Herr v. Diest-Daber, veröffentlicht, wie wir gestern bereits mittheilten, in der „Kreuzztg.," angeblich mit Vorwissen und mit Einwilligung des Finanzministers Dr Miquel, ein Spiritusmonopolprojekt auf der Grundlage der Vorschläge des Herrn v. Graß-Klamin, wonach unter Kontingentirung der Branntweinbrennerei das Reich sämmtlichen zum einheimischen Verbrauch bestimmten Branntwein zu einem festen, natürlich für die Brenner ausreichenden Preise von etwa 50 M. aufkauft und an die Händler unter Zuschlag der Steuer wieder verkauft. In der Begründung dieses Vorschlags schreibt nun Herr v. Diest: „Die sog. „Liebesgabe" verschwindet, bezw. erhält eine veränderte Form." Für Herrn v. Diest ist also die Liebesgabe von 40 Mill. M., welche die Agrarier für ein freisinniges Märchen erklären, eine sehr reelle Sache, die in einer veränderten Form, d. h. unter Beginstigung der Kontingentsbrenner bei der Zutheilung des jährlichen Brennquantums für die Dauer zu sichern, das eigentliche Ziel des Branntweinmonopolprojekts ist. In der That ein Ziel, das des Schweißes der Edlen werth.

Verschiedene Mittheilungen.

* Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. In der Budgetkommission des Reichstages hat es sich gestern ereignet, daß die im Etat des Reichsamtes des Innern behufs Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung geforderte neue Direktorstelle (15,000 M.) mit den Stimmen der Konservativen, des Centrums und eines Reichsparteilers (10 gegen 9) gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist. Dagegen wurde die neue Rathsstelle (8500 M.) einstimmig bewilligt.

* Zu dem Stempelsteuergesetz hat das Kommissionsmitglied Abg. Gamp den Antrag eingebracht, den Emissionsstempel für die Schuldverschreibungen ausländischer Aktiengesellschaften und gewerblicher Unternehmungen, welcher nach dem Gesetzentwurf von 2 auf 6 pro Mille erhöht werden soll, noch weit darüber hinaus auf 15 p. M., also 1½ Proz., zu erhöhen und damit der Besteuerung ausländischer Aktien, wie solche in dem Entwurf beabsichtigt ist, gleichzustellen. Anscheinend zielt der Antrag Gamp auf die höhere Besteuerung der Obligationen ausländischer, namentlich russischer und amerikanischer Gesellschaften. Weiterhin hat Herr Gamp den Antrag eingebracht, wonach bei der Zinsberabsetzung oder sonstiger Konvertierung ausländischer Obligationen die festgesetzten Steuerbeträge nochmals zur Erhebung gelangen sollen, auch wenn die Zinsherabsetzung oder die Veränderung der Zahlungsbedingungen nur auf den ursprünglich ausgestellten Renten- und Schuldverschreibungen vermerkt wird.

* Auf dem am Mittwoch von Hamburg abgegangenen Afrikadampfer „Adolf Woermann" schifften sich nach Kamerun ein der Gouverneur Zimmerer, der von der Reichsregierung als Referent der Kolonialabtheilung abgesandte Regierungsrath Rose, verschiedene Unteroffiziere, welche schwarze Rekruten ausbilden sollen, die Neger Kwift und Guepajede, welche sich behufs ihrer Ausbildung zu Missionären drei Jahre lang in Deutschland aufgehalten haben, sowie eine Anzahl Kaufleute. Rose ist beauftragt, eine Untersuchung wegen der letzten Empörung zu veranstalten.

* Der „Aktionär" meldet: Der Landtag erhält halbigst eine Vorlage über die Betheiligung Preußens an den Herstellungskosten für den Elbe-Trave-Kanal.

* Wie aus früheren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bekannt, steht eine Neuregelung der Gehälter der Universitäts-Professoren nach Altersstufen in Aussicht. Zur Förderung dieser Angelegenheit hat der Kultusminister die Universitäten zur Bezeichnung von Vertrauensmännern veranlaßt, welche in einiger Zeit in Berlin zu gemeinsamen Berathungen mit Kommissarien des Kultus- und Finanzministers zusammentreten werden. Dabei wird natürlich auch die damit zusammenhängende Frage des Honorars nicht übergangen werden. Inzwischen hat sich in Universitätskreisen das Gerücht verbreitet, als ob es auf eine Beeinträchtigung der akademischen Lehrer hinsichtlich ihrer Honorare abgesehen sei. Daß dies unbegründet ist, bedarf für jeden Sachkenner nicht erst weiterer Ausführungen.

* Zu den sächsischen Militärverhaftungen theilt die „Sächs. Arbeiterztg." in Ergänzung der bisherigen Berichte des weiteren mit, daß im Zusammenhang mit dem Fall Grodmann im ganzen vier Leute verhaftet wurden, und zwar wegen einer Beschwerdeschrift, die sie an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" gerichtet hatten und die verschiedene Mißstände beim Militär kritisirte. Dieses Schriftstück, welches durch die Verhaftung Grodmann's in die Hände der Militärbehörde fiel, scheine von den betreffenden Leuten während ihrer Reserve-Uebungszeit geschrieben worden zu sein, so daß nun aus den darin enthaltenen Beschwerden ein Monstreprozeß gemacht worden ist. Dazu soll der Verfasser des Schriftstückes, Krumbholz, auch mehrere Nummern der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" sowie des „Wahren Jakob" in der Kaserne verbreitet haben. Dieser Krumbholz sei nunmehr von der Militärjustiz zu einer Gefängnißstrafe von 3½ Jahren verurtheilt worden. Die anderen drei Reservisten, welche das Schriftstück mit unterschrieben hatten, erhielten: Seifert 8 Monate, Beutel 6 Monate, Thielemann 6 Wochen 1 Tag Gefängniß, wobei die Untersuchungshaft von 9 Wochen in Anrechnung gebracht wurde.

* Das Bedürfniß des Seefrachtverkehrs, möglichst große Ladungen auf einmal befördern zu können, führt naturgemäß zu stetig wachsenden Größendimensionen der Schiffskörper. Zumal im Laufe der letzten Jahre hat die Tonnenzahl der Frachtdampfer eine ganz außerordentliche Zunahme erfahren. Aus den einschlägigen Statistiken der bedeutendsten Schiffahrtsplätze ergiebt sich, daß die Zahl der Dampfer von über 2000 Tonnen Ladevaum sich seit 1887 mehr als verdoppelt hat, und dementsprechend geht der Antheil der kleineren Schiffe am überseeischen Frachtverkehr unaufhaltsam zurück. Wenn diese Entwicklung anhält, so wird die Rolle der kleineren Dampfer im überseeischen Frachtverkehr binnen absehbarer Zeit ganz und gar ausgespielt sein.

---

bare Zehe hat und, so viel wir wissen, nie gehabt hat, wird keinen Transformisten bekehren. Es liegt nach moderner biologischer Anschauungsweise kein Grund vor, daß der Mensch eine gegenüberstellbare große Zehe haben sollte. Dagegen spricht eines der hauptsächlichsten biologischen Gesetze, nämlich das Gesetz: die Funktion schafft das Organ. Der Mensch geht, darum hat er keine gegenüberstellbare Zehe; der Mensch geht seit Jahrtausenden, darum kann er seit Jahrtausenden keine gegenüberstellbare Zehe gehabt haben. So weit die Spuren vom Menschen uns zurückführen, kennen wir ihn als Plantigraden, d. h. als ein Wesen, das aufrecht geht und zum Gehen sich nur seiner hinteren Extremitäten bedient. Um gehen zu können, muß der Kopf des ersten Mittelfußknochens mit dem des zweiten verbunden sein; denn er ist es, der von allen fünf Mittelfußknochen am meisten das Gewicht des Körpers trägt. Wenn sich der Kopf des ersten Mittelfußknochens bewegen könnte gegen den zweiten Mittelfußknochen, so würde er jedesmal, sowie man den Fuß auf den Boden setzt, abgleiten, und der Körper würde keine genügende Fußstütze haben. Das Gehen würde außerordentlich schwierig und ungeschickt werden, wie wir es auch bei den Affen sehen. Es würde, wie bei den Affen, nicht die regelmäßige, sondern nur eine zufällige Art der Fortbewegung sein.

Es konnte somit von vornherein behauptet werden, daß, so lange der Mensch aufrecht geht, er wohl einen Fuß haben konnte, der sich mit vieler Mühe und ununterbrochenem Gebrauch durch Generationen hindurch zum Greiffuß ausbilden ließe, aber keinen eigentlichen sog. Handfuß, wie ihn der Affe hat.

So lange der Mensch aufrecht geht! das will mit anderen Worten sagen: So lange der Mensch Mensch ist. Gerade, daß der Mensch keine gegenüberstellbare große Zehe hat, ist ein Beweis für den Transformismus. Die Funktion schafft das Organ: der Mensch ist Gänger, und infolgedessen mußte die große Zehe aufhören, gegenüberstellbar zu sein.

Ich möchte gleichzeitig noch einen andern kleinen Beweis für den Satz „Die Funktion schafft das Organ" anführen, der nicht, wie die Umwandlung der großen Zehe, bis weit in vorsintfluthliche Zeiten hinunterreicht, sondern der allerjüngsten Gegenwart angehört.

Die Funktion schafft das Organ: Die Gymnastik schafft die Brustweite. Der Thorax, der Brustkasten, erreicht einen beträchtlichen Umfang, wenn man energisch und andauernd die Muskeln übt, die dazu dienen, um die Bewegung des Ein- und Ausathmens hervorzubringen. Der breite Brustkasten ist charakteristisch für die Angehörigen solcher Berufe, die sich viel mit körperlicher Arbeit in frischer Luft zu beschäftigen haben: Jäger, Holzschläger, Turner, Soldaten usw. Zu gleicher Zeit wird die Tiefe des Athmens größer, die Bauchwände senken sich tiefer, die Lungenhöhlung vergrößert sich, die Menge der eingeathmeten Luft steigt, der innere Verbrennungsprozeß geht schneller von statten, das Fett schmilzt, die Muskelspannung wächst, das Zwerchfell macht ausgiebigere Bewegungen.

Eine interessante statistische Beleuchtung über den Einfluß der Gymnastik auf die menschliche Brustweite hat erst ganz neuerdings Dr. Schmid-Monnard in Halle geliefert. Die Brustweite und die Athmungsenergie, die die körperliche Uebung hervorbringt, hat nicht nur eine Bedeutung für das einzelne Individuum, sondern auch für die Nachkommenschaft, ja, es wird geradezu ein ethnisches Kennzeichen. Die ganze Bevölkerung erhält durch die Gewöhnung an körperliche Uebungen oder durch den Verfall körperlicher Uebungen einen andern Habitus, der sich im Laufe der Generationen in einer gewissen Progression steigert und differenzirt.

Die Untersuchungen von Dr. Schmid-Monnard bezogen sich auf die Bevölkerungen zweier deutscher Städte: Halle und Frankfurt a. M. Für die Frankfurter, die vor dem Jahre 1866 Freistädter waren, besteht die allgemeine Wehrpflicht erst seit einer Generation, für die Hallenser dagegen seit vielen Generationen. Dr. Schmid hat die Schulkinder in Frankfurt und in Halle gemessen. Aus diesen Messungen ergiebt sich, daß der Brustumfangmesser der halleschen Kinder dem der frankfurter beträchtlich überlegen ist.

Dieses überraschende Resultat wird die Anthropologen wohl zu ähnlichen Messungen an anderen Orten veranlassen. Häufen sich die Beispiele derart, daß man ihre Ergebnisse als eine allgemeine Thatsache aufstellen kann, so würde sich daraus ein Gesichtspunkt ergeben, von dem aus die Lasten des Militarismus in milderndem Lichte erscheinen: Der Militarismus verbessert die Rasse. Zwar steht es den Gegnern des Militarismus immer noch frei, auf diese Thatsache die Einwendung zu machen: nicht weil, sondern obgleich. Das ist richtig; es ist nicht der Militarismus, der die Rasse verbessert, sondern die methodische, andauernde und energische Körperübung, die er mit sich bringt. Wie aber einmal Handel und Wandel in moderner Zeit beschaffen sind, dürfte es schwer werden, irgend eine andere Institution zu schaffen, die mit derselben Ausgiebigkeit und derselben zwingenden Kraft wie der Militarismus eine Bevölkerung zu körperlicher Uebung anhält.

Wie dem auch sei, es ist hier nicht unsere Aufgabe, Gründe für oder wider den Militarismus vorzubringen. Aber einen Trost kann man aus unserer Beobachtung ziehen: Die Mütter, die so ungern ihre Kinder in den bunten Rock stecken lassen, können sich beruhigen; sie werden ihre Kinder in besserem physischen Zustande zurückbekommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940111033/fragment/page=0002

* Der Major v. Wissmann ist, der „Kreuzztg." zufolge, von Mosambik, wo er am 12. Dez. eingetroffen war, nach Aden gefahren, wo er dem Vernehmen nach krank darniederliegt.

Marinenachrichten. Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. Kbt. „Wolf," Kommandant Korvettenkapitän Kretschmann, am 9. d. in Yokohama und S. M. S. „Stosch," Kommandant Kapitän zur See Rittmeyer, an demselben Tage in Port au Prince auf Haiti eingetroffen. S. M. S. „Stosch" will am 18. d. nach Havanna weitergehen.

München, 10. Jan. Der Wirthschaftsausschuß der Kammer der Abgeordneten empfahl mit 16 gegen 9 Stimmen die Ausschließung des Pferdebestandes von der staatlichen Viehversicherung. Der Minister des Innern stimmte zu und stellte eine spätere, gesonderte Pferdeversicherung in Aussicht. — Der Finanzausschuß nahm in namentlicher Abstimmung einstimmig den durch die Militärvorlage einschließlich der ersten bayrischen Unteroffizierschule veranlaßten Nachtragsetat für 1893/94 an. — Bei der fortgesetzten Berathung des Etats des Ministeriums des Innern erklärte der Minister des Innern Frhr. v. Feilitsch auf eine Anfrage des Abg. Grillenberger, die bayrische Regierung sehe kein Bedürfniß zum Erlaß eines Reichs-Seuchengesetzes; sie habe Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf und werde im Bundesrathe Modifikationen beantragen.

München, 10. Jan. Prinz Louis Ferdinand und Gemahlin reisen am 17. d. M. zum Besuche des Kaisers und der Kaiserin nach Berlin.

Ausland.

Frankreich. Etwas Unerwartetes ist geschehen: Eine französische Geschworenenbank hat einmal Mannesmuth gezeigt und einen Spruch gefällt, wie er sein soll. Und zwar geschah dies im Prozeß Vaillant, der, wie wir bereits in der heutigen Morgen-Ausgabe mittheilten, zum Tode verurtheilt worden ist. Ueber die Verhandlungen liegen folgende telegraphische Meldungen vor:

Paris, 10. Jan. Vaillant leugnet, Geld zur Vorbereitung seines Attentates erhalten zu haben. Madame Paul Réclus habe ihm 20 Frcs. gegeben, aber einzig und allein nur, um ihm aufzuhelfen; seine Absicht sei nicht gewesen, die Zuschauer auf der Tribüne, sondern die Deputirten zu treffen, weil er letztere für die Hauptverbeder des sozialen Elends halte. Vaillant leugnet alsdann, daß er nach dem Attentate fliehen wollen, und leugnet ferner überhaupt die Absicht, jemand zu tödten, denn sonst hätte er die Bombe nicht mit Nägeln, sondern mit Patronen gefüllt. Als der Präsident Vaillant entgegen hielt, daß er so spreche, um sein Leben zu retten, protestirte derselbe energisch dagegen. Hierauf wurde das Verhör abgebrochen. Bei dem Wiederbeginn der Verhandlung erklärt Vaillant, er habe die Bombe geworfen, weil er keine Arbeit finden und seine Familie nicht ernähren konnte. Hierauf verlas Vaillant ein langes Schriftstück, in welchem er die bestehende Gesellschaftsordnung angreift. Zum Schlusse erklärt er, er habe in seinem Kampfe gegen die Gesellschaft seinen Gegner nur verwundet, man könne ihn bestrafen, aber was werde der Wahrspruch der Geschworenen in der Geschichte der Völker sein! Aus dem weiteren Zeugenverhör geht hervor, daß Vaillant nach der Explosion zu entfliehen versuchte.

Der Generalprokurator wies nach, daß Vaillant nicht durch seine Nothlage, sondern durch seine Eitelkeit zu dem Verbrechen getrieben sei; er habe die Kammer für sein Attentat gewählt, weil er damit noch größeres Aufsehen erregen wollte, als die Urheber des Attentats von Barcelona. Der Generalprokurator beantragt die Todesstrafe und ermahnt die Geschworenen eindringlichst, ihre Pflicht zu thun. Der Direktor des städtischen Laboratoriums, Girard, erklärte, die von Vaillant geworfene Bombe würde mehrere Personen getödtet haben, wenn sie nicht in der Luft explodirt wäre. Der Vertheidiger Vaillant's, Labori, hob in seiner Vertheidigungsrede hervor, das von Vaillant begangene Verbrechen gehöre nicht zu den Verbrechen gegen die Gesellschaft, Vaillant habe niemand getödtet, es sei unmöglich, ihn zum Tode zu verurtheilen. Die Geschworenen zogen sich hierauf zur Berathung zurück. Die Geschworenen bejahten 25 Minuten und bejahten sämmtliche vier Schuldfragen auf vorbedachten Mordversuch und Zerstörung eines öffentlichen Gebäudes, ohne Zubilligung mildernder Umstände. Nach Wiedereintritt der Geschworenen wurde das Verdikt verkündet, welches auf schuldig lautete. Vaillant wurde zum Tode verurtheilt und rief bei Verkündigung des Urtheils aus: „Es lebe die Anarchie!" Nach Mittheilung der Blätter befand sich Gustav v. Rothschild deshalb nicht auf der Geschworenenbank, weil er von der Vertheidigung abgelehnt worden war.

Italien. Ueber weitere stattgefundene Unruhen liegen auch heute wieder Meldungen vor. Einer aus Corato eingegangenen Privatdepesche zufolge sammelte sich daselbst am Dienstag vor dem Stadthause eine Volksmenge und warf wiederholt Steine gegen das Gebäude. Auch die herbeieilenden Truppen wurden mit Steinwürfen empfangen, wobei mehrere Soldaten verletzt wurden. Die Soldaten und Gensdarmen gaben Feuer. Einige Personen wurden getödtet, mehrere verwundet. Nach weiteren Nachrichten aus Corato sind von den Manifestanten einer getödtet und drei verwundet und von den Soldaten mehrere leicht verwundet worden. Es sind Verstärkungen nach Corato geschickt worden, die Ruhe scheint wieder hergestellt zu sein. Wie der „Agenzia Stefani" aus Modena gemeldet wird, veranstalteten etwa 1000 zur Fortschaffung des Schnees verwendete Arbeiter in Finale dell' Emilia eine Demonstration, indem sie die zur Dienstleistung einberufenen Militärpflichtigen zum Bahnhofe begleiteten, Arbeiterlieder anstimmten und Hochrufe auf den Deputirten Agnini ausbrachten. Nach Finale dell' Emilia wurden Truppenverstärkungen entsandt. In Mantua begab sich am Mittwoch eine Anzahl beschäftigungsloser Arbeiter vor das Stadthaus und verlangte unter aufrührerischen Rufen Arbeit. Die Demonstranten wurden ohne Anwendung von Gewalt zerstreut. — Aus Palermo dagegen liegt vom 10. d. folgende erfreuliche Meldung vor: Auf ganz Sicilien herrschte heute vollste Ruhe.

Der Katholiken-Kongreß, welcher in diesen Tagen in Neapel stattfinden sollte, ist durch einen im Vatikan gefaßten Beschluß auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

England. Im Unterhause erklärte am Mittwoch bei der Berathung über den Antrag Austin auf Entschädigung der Hinterbliebenen der bei den September-Unruhen Getödteten der Staatssekretär des Innern, Asquith, Personen, welche einem Volksauflaufe beiwohnen, der seitens der Behörden als ungesetzlich proklamirt worden, seien vor dem Gesetze, selbst wenn sie nur unbetheiligte Zuschauer gewesen seien, ebenso der Felonie schuldig, wie die wirklichen Theilnehmer an dem Aufruhr. Nach dem Gesetze hätten daher die Familien der beiden Arbeiter, welche bei den Unruhen anläßlich des Kohlenstreiks im September durch Schüsse seitens des Militärs getödtet wurden, keinen Anspruch auf eine Geldentschädigung. Allein der vorliegende Fall sei ein außerordentlicher und die Regierung werde sorgfältig erwägen, ob es möglich sei, jenen Familien und außerdem noch einigen anderen damals verwundeten Personen ans Mitleid einen kleinen Geldersatz zu bewilligen. Den von Austin gestellten Antrag auf Entschädigung könne die Regierung aber nicht annehmen. Darauf wurde dieser Antrag zurückgezogen.

Der englische Ministerrath genehmigte die Vorschläge des Marineministers Lord Spencer zum Bau einer großen Anzahl mächtiger Kriegsschiffe, Kreuzer, Kanonenboote und Torpedobootzerstörer, sowie zu einer wesentlichen Vermehrung der Mannschaften der Flotte. Nach dem „Daily Telegraph" wird der nächste Flottenvoranschlag den vorjährigen im Betrage von 14,240,000 Lstrl. nicht allein wesentlich übersteigen, sondern die Admiralität verlange, daß für die nächsten fünf Jahre jährlich 4,500,000 Lstrl. für den Bau von neuen Kriegsschiffen verausgabt werden sollen.

Serbien. Am Mittwoch wurde der Ministerprozeß weiter verhandelt. Avakumovitsch protestirte namens der Angeklagten gegen die neuerliche Funktion von Krestitsch als Richter, da derselbe dem Verhöre sowie der Vertheidigung nicht beigewohnt habe. Nach einer stürmischen Berathung des Gerichtshofes verkündigte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof die Beschwerde des Angeklagten in Erwägung ziehen werde. Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf den 16. d. vertagt.

Nordamerika. Der „Times" wird aus Philadelphia gemeldet, daß der Schatzsekretär dem Finanzkomitee und dem Komitee für Mittel und Wege einen Bericht unterbreitete, in welchem die Nothwendigkeit nachgewiesen wird, dem Staatsschatze unverzüglich zu Hilfe zu kommen. Dem „Standard" wird aus New York gemeldet, die Verwaltung würde eine Anleihe mit langem Fälligkeitstermin und erhöhtem Kurse begeben, wenn der Kongreß seine Zustimmung zu einer Anleihe mit kurzem Fälligkeitstermin und niedrigerem Kurse verweigern sollte.

Südafrika. Im Matabeleland wird anscheinend der Kampf von Lobengula mit frischen Kräften wieder aufgenommen werden. Derselbe soll bereits 2000 Mann gesammelt haben und sich zum Angriff anschicken.

Halle und Umgegend.

Halle, 11. Jan.

— [Polizeistunde.] Für Vereine und geschlossene Gesellschaften, sowie für Restaurateure und Schankwirthe ist ein im Ministerialblatte veröffentlichter Erlaß des Herrn Ministers des Innern, welcher die Anwendung der Polizeistunde auf geschlossene Gesellschaften betrifft, von besonderer Wichtigkeit. In dem Erlasse ist bestimmt, daß geschlossene Gesellschaften und Vereine an die Polizeistunde auch dann nicht gebunden sind, wenn ihre Versammlungen in Schankwirthschaften stattfinden. Es müssen aber die benutzten Räume für die Dauer der Versammlung dem öffentlichen Verkehre entzogen sein. Der Erlaß spricht sich nicht über eine Berechtigung der Wirthe zur Verabfolgung von Getränken ꝛc. an solche Gesellschaften nach dem Ablaufe der allgemeinen Polizeistunde aus, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen, zumal der Erlaß eine strenge Anweisung enthält, bei solchen Gesellschaften, welche nur zum Scheine und zur Umgehung des Gesetzes gegründet sind, unnachsichtlich gegen Gesellschaft und Wirth vorzugehen.

— Mittheilungen aus Halle befinden sich auch im 2. Beiblatte dieser Ausgabe.

Zweigverein des Evangelischen Bundes.

Die gestern abend im oberen Saale des „Reichshofs" stattgehabte Monatsversammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Hr. Konsistorialrath Prof. D. Haupt, gab zunächst einige Mittheilungen über den Stand der Arbeiten des Bundes für die gefährdete Jugend aus Mischehen. Die Bemühungen des Bundes auf diesem Gebiete sind erst 5 Jahre alt, wie nothwendig und schwierig sie sind, beweist die Entwicklung und die Arbeit in der Anstalt zu Godesheim, einem rheinischen Orte, wo eine ganze Reihe Unternehmungen der inneren Mission gegründet sind. Dorthin wurden bereits mehr als 500 gefährdete Kinder aus Mischehen gerettet, um sie zum Theil bis zum 20. Lebensjahre vor römischen Nachstellungen zu sichern. Nur wenige Glaubensgenossen haben eine Ahnung, wie viele evangelisch getaufte Kinder der evangelischen Kirche durch Mischehen verloren gehen. Kein evangelische Gegenden haben die heilige Verpflichtung zu helfen, weil die Glaubensgenossen in der Diaspora nicht imstande sind, auf eigenen Füßen zu stehen. Um die Kenntniß von diesen Dingen weiter zu verbreiten und die Aufmerksamkeit auf sie zu richten, ist eine Zeitung, „Diasporablätter," welche in zwangloser Reihenfolge erscheint und durch jede Buchhandlung zu beziehen ist, gegründet worden.

Hr. Privatdozent Lic. Dr. Clemen hielt hierauf einen Vortrag über „Die Reformation und die Familie." Weil der zum Katholicismus übergetretene ehemalige evangelische P. Evers und ein anderer moderner Jesuit alte Unwahrheiten aufgewärmt und neu behauptet haben, Luther habe keinen guten Einfluß auf das Ehe- und Familienleben ausgeübt und sein Beispiel in dieser Hinsicht sei kein nachahmenswerthes, vielmehr sei das, was in der evangelischen Ehe gut ist, aus dem Katholicismus übernommen, führte Redner an der Hand geschichtlicher Thatsachen den Nachweis, wie gering zur Zeit Luther's die Ehe geachtet wurde, wie verdedelnd die Lehre und das Vorbild Luther's auch auf die Gestaltung des katholischen Ehe- und Familienlebens eingewirkt habe und nur die Katholiken nicht zu schätzen wissen, welch großer Segen auf diesem Gebiete auch für sie aus der Reformation hervorgegangen ist. Das christliche Familienleben, das deutsche Familienleben, um das uns andere Völker so sehr beneiden, das wir uns auf keinen Fall wieder rauben lassen wollen, verdanken wir der Reformation, verdanken wir Luther.

Dann verkündete Hr. Konsistorialrath Prof. D. Haupt das Programm der Thätigkeit des Zweigvereins für diesen Winter. Am 7. Febr. wird Hr. Landgerichtsdirektor Cröner in einer Monatsversammlung einen Vortrag über den „letzten evangelischen Märtyrer in Frankreich" halten. Am 25. Febr. soll die übliche große allgemeine Versammlung stattfinden, in welcher Hr. Prof. D. Loofs einen Vortrag halten wird. Am 14. März folgt dann wieder eine Monatsversammlung, in welcher Hr. Dr. Windel einen Vortrag über die große Bedeutung der Reformation auf die ganze Entwicklung des modernen Staats- und öffentlichen Lebens halten wird.

Zum Schluß wurde noch auf den Gegensatz in der Auffassung von der Ehe zwischen der katholischen und evangelischen Lehre hingewiesen. Wenn im Rheinlande die Thätigkeit des Bundes gegenüber den Bestrebungen der katholischen Kirche so ungeheuer nothwendig und wichtig sei, so müsse auch auf den ganz in den Händen des Katholicismus befindlichen Osten unseres Vaterlandes geblickt werden, der bis jetzt mehr vernachlässigt ein großes Gebiet fruchtbarer Arbeit biete. Habe doch in einer Stadt des Ostens der Wunsch des Bischofs genügt, um 40 evangelischen Kindern die evangelische Schule vorzuenthalten, und alle Petitionen seien ohne Erfolg gewesen, weil eben der hochwürdigste Herr Bischof in seiner Residenz eine evangelische Schule nicht haben wollte.

Börse zu Halle am 11. Jan.

Preise mit Ausschluss der Maklergebühr für 1000 kg netto.

Weizen fest, 138—145, feinster märkischer über Notiz. Rauhweizen bis 147 M. Roggen, fest, 129 bis 133 M. Gerste, Brau-, ruhig, Land- 160—173 M., feine Sorten gefragt, Chevalier 174 bis 190 M., feinste über Notiz, Futter- 120 bis 135 M. Hafer, ruhig, 162—175 M. Mais, amerikanischer Mixed 123—124 M. Donaumais 121—134 M. Raps ohne Angebot. Rübsen —,— M. Erbsen, Viktoria, 190—200 M.

Preise für 100 kg netto.

Kümmel, ausschl. Sack, 56—58,00 M. Stärke, einschl. Fass, Hallesche pr. Weizen 35,00—36,00 M., nach Qualität bezahlt. Maisstärke, einschl. Fass, fest, 34,00—35,00 M. Linsen 32—48 M. Bohnen 15—17 M. Mohn, blau 48—50 M. Kleesaaten: Rothklee 60—66—72 M. Futterartikel bessere Stimmung: Futtermehl 11,75—12,50 M. Roggenkleie 9,50 bis 10,00 M. Weizenschalen 9,00—9,50 M. Weizengriesskleie 9,00—9,50 M. Malzkeime, helle, 9,00—9,50 M., dunkle 10,00—11,00 M. Oelkuchen 13,25—14,00 M. Malz 28,50—30 M. Rüböl 47,50 M. Petroleum fest 20,50—21 M. Solaröl 0,825/30° 10 M.

Spiritus, 10,000 Liter-Proz., fest, Kartoffel- mit 50 M. Verbrauchsabgabe 53,00 M., mit 70 M. Verbrauchsabgabe 33,50 M., Rüben- —,— M.

Getreide.

* Berlin, 10. Jan. Weizen (mit Ausschluss von Rauhweizen) per 1000 kg. Loco einiger Handel. Termine äusserst still. Gekündigt — t. Kündigungspreis — M. Loco 135—149 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M., geringer märkischer 138 ab Bahn bez., weissbunt 145 ab Bahn bez., per diesen Monat —,—, per Febr. —,—, per März —,—, per April —,—, per Mai 151—150,75—151 bez., per Juni 152 bez., per Juli 153 bez., per Aug. —,—, per Sept. —,—.

Roggen per 1000 kg. Loco wenig Verkehr. Termine wenig verändert. Gekündigt — t. Kündigungspreis — M. Loco 125—150 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 126,5 M., inländischer guter 127 ab Bahn bez., russischer —,—, per diesen Monat —,—, per März —,—, per April —,—, per Mai 132,25—132 bez., per Juni 133,25—133 bez., per Juli 133,5 per Sept. 135,5 bez.

Gerste per 1000 kg. Gute Waare gefragt. Grosse und kleine 145—185, Futtergerste 132—144 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 kg. Loco gut behauptet. Termine fest. Gekündigt 50 t. Kündigungspreis 148 M. Loco 145—185 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., pommerscher mittel bis guter 146—162 bez., feiner 163—180 bez., preussischer mittel bis guter 146—162 bez., feiner 163—180 bez., schlesischer mittel bis guter 146—162 bez., feiner —,— per diesen Monat —,—, per Febr. —,—, per April —,—, per Mai 141 bez., per Juni —,—, per Juli —,—.

* Hamburg, 10. Jan. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 142—145. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 132—138, russ. loco ruhig, 90—92. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* London, 10. Jan. (Schlussbericht). Markt sehr ruhig, Weizen ruhig, fremder fest, Mehl stetig, Gerste zu Gunsten der Käufer, Hafer nur zu niedrigen Preisen verkäuflich.

* Leith, 10. Jan. Markt in fester Stimmung, mitunter etwas Geschäft.

* New York, 10. Jan. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Weizen per Mai 72¹/₄.

Zucker.

* Hamburg, 10. Jan. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg pr. Jan. 12,40, pr. März 12,5-¹/₂, per Mai 12,62¹/₂, pr. Sept. 12,72¹/₂. Ruhig.

* Hamburg, 10. Jan. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Rüben-Zucker I. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg, per März 12,50, per Aug. 12,82¹/₂. Ruhig.

* London, 10. Jan. 96° Javazucker loco 15¹/₂ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 12¹/₂ ruhig. Centrifugal-Cuba —.

* Paris, 10. Jan. (Schlussbr.) Rohzucker behauptet, 88°/₀ loco 31,75. Weisser Zucker, fest, Nr. 3, pr. 100 kg per Jan. 37,62¹/₂, per Febr. 37,62¹/₂, per März Juni 37,87¹/₂, per Mai-Juni 38,00.

Kaffee.

* Hamburg, 10. Jan. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack.

* Hamburg, 10. Jan. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos pr. Jan. 83¹/₂, pr. März 82¹/₂, pr. Mai 81¹/₂, pr. Sept. 78¹/₂. Behauptet.

* Hamburg, 10. Jan. abends 6 Uhr. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per März 82¹/₂, per Mai 81, per Sept. 78. Behauptet.

* Amsterdam, 10. Jan. Java-Kaffee good ordinary 52¹/₂.

Petroleum.

* Hamburg, 10. Jan. Petroleum loco fest, Standard white loco 5,50 Br.

* Antwerpen, 10. Jan. (Schluss-Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 12¹/₂ bez., 12¹/₂ Br., per Jan. 12 Br., per Febr. 12¹/₂ Br., per Sept.-Dez. 12⅝, Br., per Dez. Fest.

* New York, 10. Jan. (Telegr.) (Anfangs-Kurse.) Petroleum Pipeline certificates pr. Jan. —.—.

Wasserstände. († bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	9. Jan.	† 0,32	10. Jan.	† 0,33	6	—
Weissenfels, Oberpegel	»	† 2,28	»	† 2,28	—	—
do. Unterpegel	»	— 0,12	»	— 0,12	—	—
Halle, Unterhaupt	10. Jan.	† 1,66	11. Jan.	† 1,65	—	—
Trotha, do.	»	† 1,60	»	† 1,60	—	—
Alsleben, Oberpegel	9. Jan	† 2,19	10. Jan.	† 2,19	—	—
do. Unterpegel	»	† 1,35	»	† 1,40	—	4
Kalbe, Oberpegel	»	† 1,31	»	† 1,31	—	2
do. Unterpegel	»	† 0,65	»	† 0,66	—	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	9. — 0,66	—	—	*Torgau	10. 0,00	3	—
Prag	» —	—	—	*Wittenberg	» † 1,04	—	11
Jungbunzlau	» — 0,22	—	—	*Rosslau	» — 0,13	—	9
Laun	» — 0,33	—	2	*Barby	» — 0,10	—	—
*Pardubitz	» — 0,08	—	—	*Magdeburg	» † 1,17	—	5
Brandeis	» —	—	—	*Tangermünde	» † 1,15	1	—
Melnick	» —	—	—	*Wittenberge	» † 1,14	—	6
Leitmeritz	» —	—	—	*Dömitz Peg.	9. † 0,32	—	9
Aussig	10. — 0,45	—	—	*Lauenburg	13. † 0,51	—	1
Dresden	» — 1,76	2	—				

Halle Eisstand. Trotha Eisstand. Aussig: Von den oberen Plätzen werden 5 cm Wuchs gemeldet, Eisstand unverändert. Dresden Eisstand. Rosslau Treibeis gering. Magdeburg Treibeis schwach. Broda-Dömitz Eisstand. Lauenburg Eiss and.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Jan. Nach einer Meldung des „Berl. Aft." stehen die Arbeiten zur Vorbereitung eines Reichs-Versicherungs-Gesetzentwurfes unmittelbar vor dem Abschluß, so daß die kommissarischen Durchberathungen demnächst beginnen können und werden. Sind auch diese beendet, so wird der Entwurf nach den bisherigen Absichten dem öffentlichen Urtheil unterstellt werden und sodann an eine Anzahl von Sachverständigen die Einladung ergehen, ihn einer Prüfung zu unterziehen.

Berlin, 10. Jan. Ueber die in Aussicht genommene Regelung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter erfährt die „Voss. Ztg." noch folgendes:

Während die deutsche Strafprozeßordnung nur besagt, daß nothwendige Auslagen eines unschuldig Verurtheilten aus der Staatskasse erstattet werden können (§§ 499, 505), also eine Entschädigung von überaus dürftiger Natur in das Ermessen des Richters stellt, soll künftig dem unschuldig Verurtheilten die volle Entschädigung, soweit diese überhaupt möglich, als ein Recht zugebilligt werden. Die Entschädigungspflicht des Staates erstreckt sich nicht auf solche im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochene frühere Verurtheilte, die ihre Verurtheilung absichtlich herbeigeführt hatten, und ebenso soll eine Entschädigung nicht stattfinden, wenn in dem Wiederaufnahmeverfahren keine Freisprechung, sondern nur ein milderer Strafsatz erzielt worden ist. Die Entschädigungsfrage soll nicht zum Gegenstande einer richterlichen Entscheidung gemacht werden, da es sich um die Ausgleichung eines Konflikts der formellen Rechts mit einer höheren materiellen Gerechtigkeit handelt, es soll vielmehr die oberste Justizverwaltungsbehörde des betreffenden Staates über den Entschädigungsanspruch entscheiden, nachdem die vorbereitenden Handlungen durch das freisprechende Gericht ausgeführt worden sind. Die Staatskasse kann gegen den Schuldigen die Klage auf Ersatz des Schadens erheben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940111033/fragment/page=0003

Auf vielfachen Wunsch habe ich mich entschlossen, vom 10. Januar d. J. ab in Dürrenberg Sprechstunden abzuhalten. Dieselben finden statt in meiner Wohnung (bei Frau Werther, Materialwarenhandlung, neben dem Kurhause) jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 3 bis 4 Uhr Nachm. Bestell. nach ausw. bitte auch fernerh. dir. an mich n. Kötschau zu richt.
Kötschau, den 8. Jan. 1894.
Dr. von Mielecki.

Vertrauliche Mittheilungen
über: Credit-, Geschäfts-, Privat-, Familien- u. Vermögens-Verhältnisse auf alle Plätze der Welt ertheilen: **Beyrich & Greve,** Inhaber des Auskunftsbureaus **„Vorsicht" Halle a/S.,** Leipzigerstr. 101.

Gas- und Wasseranlagen,
beste Ausführung, billigste Preise. [r
Max Schöllner, Dachrittgasse Nr. 2.

Fahrräder,
pa. englisches Fabrikat (Coventry), **mit Fabrikfirma,** werden an **Händler** von Mitte Februar ab, wo die erste große Sendung eintrifft, **zu ganz besonders billigen, noch nie gekannten Preisen** in **jeder beliebigen Anzahl** abgegeben. Von **2 Stück** an sind die Preise so niedrig wie bei einem **Abschluß von 50 Stück. Lieferung frei Bahnstation gegen Kasse innerhalb 30 Tagen.** Der Preis und die Firma kann hier wegen der Detail-Kundschaft der Händler nicht angegeben werden.
Reflektanten wollen Adressen unter **43 T.** in der Expedition dieser Zeitung niederlegen. [r

---

Größte Auswahl
von neuen u. gebr. Möbeln in **Nußbaum, Mahagoni u. Birke,** als: **Buffets, Schreibtische, Vertikows, Sekretäre, Coulissentische, Sopha- und Ausziehtische, Plüsch- u. Rips-Garnituren, Trumeaux u. and. Spiegel, Rohrlehnen u. einfache Stühle, Divans, Sophas, Bettstellen** mit u. ohne **Matratzen, Waschtische** mit u. ohne **Marmor, Kleider- u. Küchenschränke, Etagèren** zu den **billigsten Preisen** nur bei
Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25,
vis-à-vis „Café Hohenzollern".

Größtes Lager aller Arten
Böttcherwaaren.
G. Zander, Gr. Klausstraße 12.

Anzugstoffe.
Neuheiten in guter Qualität für Herren und Knaben, **Damentuch,** modernste Farben, zu eleganten **Promenadenkleidern u. Regenmänteln** versende zu Fabrikpreisen. Proben frei!
Max Niemer,
Sommerfeld N.-L.

Krankenstuhl,
ausgezeichnet erhalten, Heidelberger Fabrikat, mit Gummirädern für das Zimmer zum Fahren eingerichtet, **billig zu verkaufen**
Mansfelderstraße 44, I. l.

Verlag von Otto Hendel, Halle a. S.

Soeben erschien:

Die Nibelungen

(Der gehörnte Siegfried. — Siegfried's Tod. — Kriemhild's Rache.)
Ein deutsches Trauerspiel in drei Abtheilungen
von
Friedrich Hebbel.
Nr. 730—732 der Bibliothek der Gesamtlitteratur.
Geh. 75 Pf. Geb. in Gzlbd. m. Rotschnitt 1 M.
Gelangt am Sonnabend im Stadttheater zur erstmaligen Aufführung.

Ende dieser Woche erscheint:

Friedrich Hebbels Werke.

Auswahl in einem Bande.
Geh. 2,50 M.; in Gzlbd. m. Rotschnitt 3 M.; in eleg. imit. Halbfrzbd. 3,50 M.
Inhalt.
I. **Gedichte** (Auswahl.)
II. **Dramen.** 1. Die Nibelungen. — 2. Maria Magdalena. — 3. Judith. — 4. Gyges und sein Ring.
III. **Erzählungen.** 1. Schmuck. — 2. Barbier Zitterlein. — 3. Anna. — 4. Schneidermeister Nepomuk Schlägel auf der Freudenjagd. — 5. Eine Nacht im Jägerhause. — 6. Der Rubin. — 7. Herr Haldvogel und seine Familie. — 8. Meine Kindheit.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. [h

Conserven.

Extra Stangen- u. prima Schnittspargel.
Braunschweiger Erbsen vom ersten Schnitt, **Kaiserschoten.**
Franz. petits pois, Haricots verts, flageolets, Cardons, fonds d'Artischauts.
Prima Brech-, Perlbrech- und Wachsbohnen.
Junge **Schnittbohnen** ca. 2¼ Pfd.-Dose 45, ca. 5½ Pfd.-Dose 100 Pfg.
Champignons extra und I. choix.
Steinpilze, Morcheln, Leipziger Allerlei.
Tomaten puré und ganz. Truffes du Perigueux.
Essig-, Senf- und Pfeffergurken, Perlzwiebeln.
Engl. u. deutsche Pickles, span. u. french Olives.
Marmeladen und **Ingber** in Töpfen.
Obst in Dosen und Gläsern.

Gebr. Zorn., [d

Die Volksbibliothek
des Vereins für Volkswohl
befindet sich **Rathhausgasse 16** part und ist für **Jedermann** geöffnet
Sonntag Vormitt. von 11—12 Uhr.
Dienstag Abends von 7—8 Uhr.
Freitag Abends von 7—8 Uhr.

Nur für 9 Mark
können junge Damen die feine **Damenschneiderei, Maßnehmen, Schnittzeichnen** gründlich erlernen.
Olga Schubert, Modistin,
Albrechtstraße 17.

Ein Primaner eines hies. Gymnasiums erbietet sich, **Nachhilfe-Stunden zu geben.** Offerten gefl. erb. unter **B. 1387** an die Expedition d. Ztg.

Für Gartenbesitzer!
Zur **Park-Beschneidung** und **Anlagen jeder Art** empfiehlt sich bei billigster Berechnung **Wilhelm Polzenius,** Landschaftsgärtner, **Halle,** Hirtengasse Nr. 1, I.

Eine päd. geb. j. Dame erth. Nachhilfestt., sowie gewissenh. Beaufsicht. der Schularb. Hon. bei tägl. Unterr. mon. 5 ℳ **Neue Promenade 7, III. r.**

Sof. sehr preiswerth zu verkaufen:
1 Salon-Garnitur 95 ℳ, 1 hochf. Sopha, 1 Buffet, 1 gr. Trumeau 62 ℳ, Vertikow 33 ℳ, Schrank 28 ℳ, 2 franz. Bettstellen m. blau-rothen Matratzen, Ausziehtisch 26 ℳ, Waschtisch 18 ℳ, Spiegel m. Schränkchen, Commode 19 ℳ, Stühle, Portièren, Teppiche u. s. w. von Vormittags 9 Uhr bis 6 Uhr Abends.
Magdeburgerstr. 9, I r.

---

3 Meter f. **blau, schwarz** od. **braun** **Chéviot** zum Anzuge für ℳ 10; 2,10 desgl. zu Herbst- oder Winter-Paletot für 7 ℳ, vers. franco geg. Nachn. **J. Büntgens,** Tuchfabrik, **Eupen bei Aachen.** Anerkannt vorzügliche Bezugsquelle.

Eleg. Kinderschlitten zu kaufen gesucht **Glauchaerstraße 53.**

Gebr. Kochofen z. kauf. gesucht, sof. abzuh. **Reif,** Giebichenstein, Adolfstraße 8.

Einige gut erhaltene
Infanterie-Helme
werden zu kaufen gesucht. Offerten **mit Preisangabe** befördert die Exp. d. Ztg. unter **A. V.** [g

---

Handrollwagen verkauft preiswerth **Marienstraße 7.**

Fernsprecher 205.
Extra frischen Schellfisch,
grüne Heringe
empfiehlt frisch eingetroffen
Friedr. Krahmer,
Fischerblau 3. [r

Rothwild, Damwild, Schwarz- u. Rehwild
ganz und zerlegt,
sowie **Geflügel** u. s. w.
Reiche's Wildhandlung
Bahnhofstr. 17. Telephon 636.

Brikets S.T.A.
nur vorzüglich im Brennen und Halten von 35 Ctr. an à Ctr. 62 Pfg. sowie Luckenauer u. Röblinger Briketts und **alle anderen Feuerungsartikel** liefert prompt und billigst
Otto Just, Adolfstraße 7.

Weiße Schmierseife
mit Terpentin und Salmiak, vorzüglich bewährt zum Einweichen der Wäsche, à Pfund 25 Pfg., bei 10 Pfund 20 Pfg.
Ernst Jentzsch,
Leipzigerstraße 29. [r

Wir haben noch einen Posten
Trockenschnitzel
billig abzugeben und stehen auf Wunsch mit Offerten zu Diensten. [ar
Ritzer & Richter,
Bahnhof Weißfand.

Aepfel,
jedes Quantum, zu kaufen gesucht. Bitte Offerten mit Preisangabe u. **52 D.** in der Exp. dieser Ztg. abzugeben. [ar

---

Kohlenanzünder L.
2 Packet 25 ₰, 10 Packet 100 ₰
bei **Georg Zeising.**

Bettfedern,
Daunen,
Rosshaare,
Fertige Betten,
Matratzen,
Eis. Bettstellen
empfiehlt
H. C. Weddy-Pönicke.

In meinem eigens dazu eingerichteten Bettenlager stehen stets ca. 35—40 complette Betten in den verschiedenen Preislagen fertig.

Täglich frische
Rittergutsbutter in Original-Stücken
für Händler u. s. w. zu günstigen Preisen. [r
F. H. Krause, Gr. Ulrichstraße 24.

Die 25jähr. Jubiläumsfeier der landw. Winterschule zu Merseburg
legt den früheren Besuchern dieser Schule es nahe, sich bei dieser Feier zu betheiligen, und werden die früheren Schüler dieser Anstalt ergebenst gebeten, zu einer Vorbesprechung **Sonntag den 14. Jan. d. J. Nachm. 2 Uhr** im **Hôtel zum schwarzen Adler, Gr. Steinstraße 24** zu **Halle,** sich einfinden zu wollen, soweit dies ihnen ohne besondere Schwierigkeiten möglich ist.
Franz Walther, Kleinkugel. [j

Oeffentliche Versammlung
von Architekten, Ingenieuren und Technikern
am **Sonnabend den 13. Jan. Abends 8½ Uhr** im Saale der **Tulpe.**
1) Vortrag des Herrn Felix Höhne aus Leipzig über die Bestrebungen des Deutschen Techniker-Verbandes.
2) Stellungnahme zu den Veranstaltungen an dem Ostern hier stattfindenden Verbandstage.
Die Herren Fachgenossen, besonders auch die Herren Geschäftsinhaber, werden zu dieser Versammlung ergebenst eingeladen.
Techniker-Verein Halle a. S. [r

Preussischer Beamten-Verein.
Am **Freitag,** 12. Januar 1894, Abends 8 Uhr in den **„Kaiserfälen"** hier **Vortrag des Herrn Professors Wagner: „Ueber Walter Scott".**
Die ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitglieder nebst ihren Familienangehörigen werden dazu mit der Bitte um **recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen** ergebenst eingeladen. [g
Der Vorstand. Professor Dr. Arndt, Oberbergrath.

Schlittschuhbahn
auf der Saale zwischen Ziegelwiese und Trotha ist eröffnet.
Die Fischermeister.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 3 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940111033/fragment/page=0004